

Protokoll der Betroffenenrats-Sitzung Lehrter Straße vom 7.10.2008

Anwesend: K. Petermann, J. Schwenzel, S. Torka,
I. Lingenhöl, H. Sabatzki, R. Eismann, M. Raasch (beide später)
entschuldigt: S. Born, W. Schröter, U. Stockmar

- TOPs:
- 1) Verabschiedung des Protokolls der letzten Sitzung
 - 2) Feinstaubbelastung in der Lehrter Straße (Heiko Sabatzki)
 - 3) Verkehrsbelastung der Lehrter Straße, Nachbarn wollen die Unterschriftensammlung weiterführen
 - 4) A&O-Hostel in der Lehrter Straße 12-15, Diskussion über die Bürgeranfrage in der BVV, Antwort Bertermann und Diskussion im Stadtentwicklungsausschuss
 - 5) Bericht über die Veranstaltung mit Herrn Zwick von der Berliner Stadtmission am 23.9.
 - 6) Termin im Umweltamt nach dem 13.10. zu den Altlasten. Wer geht mit?
 - 7) Abriss Parkhaus Lehrter Straße 1
 - 8) Community Organizing
 - 9) Verschiedenes und Termine
 - 10) Festlegung der Themen für die nächste Betroffenenrats-Sitzung

TOP 1) Verabschiedung des Protokolls der letzten Sitzung

Das Septemberprotokoll (TOP 5) wurde nachträglich noch geändert, da Marlene vom Martinwerk nicht gesagt hat, dass das Seniorenwohnhaus Lehrter / Seydlitzstr. auf jeden Fall wekommt. Das muss Marion Mayr falsch verstanden haben.

Es wird verabschiedet und (mit Ergänzung B-Plan-Nr.) ins Netz gestellt: <http://www.lehrter-strasse-berlin.net/betroffenenrat.htm> .

TOP 2) Feinstaubbelastung in der Lehrter Straße

Heiko Sabatzki berichtet über eine **Entscheidung des EuGH** (Europäischen Gerichtshofs) von Mitte Juni 2008 bezüglich der Feinstaubbelastung in der Landshuter Straße in München. Die Feinstaubbelastung ist im Europäischen Recht geregelt. Bei Überschreitung von Grenzwerten müssen Kommunen **Aktionspläne** aufstellen. Bürger haben keinen konkreten Anspruch aus diesem Recht gegenüber ihrer Kommune, doch können Aktionspläne eingefordert werden.

Es existiert eine **Liste des BUND** (Bund für Umwelt und Natur Deutschland) von belasteten Straßen in Berlin, auf der sowohl die Invalidenstraße, aber auch die Lehrter Straße enthalten sind. Der Feinstaub wurde 2005 gemessen.

Der Betroffenenrat vereinbart einen **Termin mit Martin Schlegel vom BUND**, der aber erst nach der Erörterungsveranstaltung zum Ausbau der Invalidenstraße möglich ist, d.h. nach dem 20.10. J. Schwenzel hält den Kontakt. Einladung evtl. zur nächsten Sitzung, evtl. Plakate aufhängen.

TOP 3) Verkehrsbelastung der Lehrter Straße, Nachbarn wollen die Unterschriftensammlung weiterführen

Neben dem Feinstaub (der wegen dem EuGH-Urteil separat behandelt wird) geht es eigentlich um die Verkehrsbelastung der Lehrter Straße überhaupt, die seit Eröffnung des Hauptbahn-

hofs stark zugenommen hat. Es geht auch um Lärm, Abgase und Gefährdung anderer Verkehrsteilnehmer. Vgl. zum Vorlauf das Septemberprotokoll TOP 3)

Die **Unterschriften** (zur **Unterstützung des BR-Briefes** an Junge-Reyer und Gothe vom 11.9.08) wurden in der Lehrter Straße 1, 2 und 3 gesammelt (Frau Hiltner und Frau Hirsch). Dort haben fast alle Nachbarn unterschrieben und auch noch einige aus der Lehrter Str. 75 und 69A. M. Raasch und R. Eismann wollen in der Lehrter Str. 70-75 die Unterschriftensammlung noch weiterführen. Zudem haben sich im Nordteil der Lehrter Straße auch viele genervte Nachbarn an H. Sabatzki gewendet und unterstützen den Brief, allerdings mit der Einschränkung, dass sie nicht gut finden, dass der Brief speziell auf die Situation im Südteil der Straße eingeht.

Ein kurzer Text für eine Unterschriftenliste soll formuliert werden, der dann nach Absprache in möglichst allen Häusern über Bekannte herumgereicht werden soll.

Dieser Text soll kurz auf die **Feinstaubbelastung** eingehen.

Außerdem auf die **Lärmbelastung**. Besonders störend seien die LKW, die ab 4 Uhr morgens durch die Straße fahren. Es sind nicht nur LieferLKW für Plus, sondern 37-Tonner, die durch die Straße fahren, möglicherweise Lieferfahrzeuge für den Bahnhof. Eine mögliche Gegenmaßnahme wäre ein **LKW-Fahrverbot**, mit der Ausnahme für Anlieger.

Durch den Stau in der südlichen Lehrter Straße sind neben dem Lärm auch die **Abgase** ein Problem. Die Fenster können nicht geöffnet werden, die Balkone sind nicht nutzbar. In der Zeit der Sperrung der Putlitzbrücke nach Norden galt das auch für den nördlichen Abschnitt. Außerdem ist die **Verkehrssicherheit** für Fußgänger und insbesondere für Kinder nicht gegeben. Deshalb auch die Forderung nach einem Zebrastreifen an der Seydlitzstraße.

Beim **Zebrastreifen vor dem Spielplatz** wurde beobachtet, dass er bei manchen Autofahrern noch nicht so gut akzeptiert ist, wie es sein sollte. Außerdem ist die Bepflanzung zu hoch.

Ein weiteres Problem ist die **überhöhte Geschwindigkeit** vieler Fahrzeuge, die Tempo 30 nicht beachten. Das ist auch für Fahrradfahrer ein Sicherheitsproblem. Zwar hat die Tempo 30 – Regelung eine Verringerung der Geschwindigkeiten bewirkt, aber noch nicht genug.

Ein Aufsteller mit einer **elektronischen Geschwindigkeitsmessung** wie in der Sprengelstraße, könnte Abhilfe schaffen.

J. Schwenzel weist darauf hin, dass mit Geldern aus dem Programm Stadtumbau West (SUW) in den nächsten Jahren bessere Querungsmöglichkeiten am Haupteingang Poststadion und an der Seydlitzstraße gebaut werden sollen.

H. Sabatzki wird den Text formulieren und die Unterschriftensammlung organisieren.

Mit den Unterschriften soll dann ein Gesprächstermin mit den Verantwortlichen im Bezirk vereinbart werden.

Falls keine Antwort auf das Schreiben vom 11.9. (in dem bauliche Maßnahmen gefordert wurden) kommt, sollte bald eine Erinnerung geschrieben werden.

TOP 4) A&O-Hostel in der Lehrter Straße 12-15, Diskussion über die Bürgeranfrage in der BVV, Antwort Bertermann und Diskussion im Stadtentwicklungsausschuss

In der BVV vom 18.9.08 wurde die **Bürgeranfrage von B. Hedtke** mündlich beantwortet.

Text der Anfrage: 1. Ist die BVV über die Pläne zur Bebauung der Lehrter Str. 12-15 mit einem Hostel mit ca. 750 Betten, so wie sie zurzeit dem Bauamt vorliegen, informiert?

2. Ist es politisch gewollt, ein „low budget“ – Hostel in dieser Größe mitten in das einzig gewachsene Wohnquartier in unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofs zu bauen?

Die **Bürgeranfrage von R. Heine** kam nicht mehr dran.

Text der Anfrage: 1. Ist die BVV der Ansicht, dass die Errichtung eines Hostels in der Lehrter Str. 12-15 mit einer Kapazität von 750 Betten im Einklang mit den städtebaulichen Entwicklungszielen des Gebietes steht – wie im Bebauungsplan II-138 von 2002 formuliert?

2. Sieht die BVV ihren selbst formulierten Anspruch, den Wohncharakter und die Wohnqualität der Lehrter Straße zu stärken durch oben genanntes Projekt bedroht?

3. Die Verkehrsproblematik hat sich in der Lehrter Straße bereits sehr verschärft (Rückstau von der Invalidenstraße bis zur Seydlitzstraße). Ist die BVV der Meinung, dass ein 750 Betten-Hostel diese Situation durch Reisebus-, Taxi-, PKW- und Lieferverkehr weiter verschlechtert? Generell äußerten sich alle Fraktionen mit Ausnahme von Bü 90/Die Grünen positiv zu dem Hostel, Tenor „Bahnhof und Hostel, das passt doch!“ Außerdem behauptete Baustadtrat Gothe, dass das Vorhaben schon genehmigt sei. Eine Woche vorher, beim Termin der Anwohner im Bauamt, war das noch nicht der Fall gewesen. Es stellte sich dann auch heraus, dass es nicht stimmt.

Die **schriftliche Stellungnahme** von Bü90/Die Grünen (mit städtebaulichen Argumenten) ist hier: http://www.b-laden.in-berlin.de/Lehrter_Plaene/BVV_%2018-9-08_B%fcfra_L_12-15_Antw_Gr%fcne.pdf zu finden.

Kurzbericht vom Stadtentwicklungsausschuss am 24.9.08

Baustadtrat Gothe leitete ein, dass es notwendig sei, sich **die zukünftige Entwicklung der Lehrter Straße insgesamt anzusehen** und in der BVV bald zu diskutieren. Für die Lehrter Straße 1 gibt es einen festgesetzten B-Plan: Kerngebiet, Hotel, Tiefgarage, 7-13 Stockwerke. (Dieser ist hier: http://www.b-laden.in-berlin.de/Lehrter_Plaene/BPlan-II-201b.jpg zu finden.) Für das Gelände der Stadtmission gibt es die Anfrage der Evangelischen Kirche für ein Bürohaus mit 500 Arbeitsplätzen.

Der gültige Baunutzungsplan würde erstaunliche Dinge zulassen.

Dann stellte **Herr Wesselhöfft** (BA, Abt. Stadtentwicklung) die **Planungsgeschichte der letzten 20 Jahre für das Grundstück Lehrter Str. 12-15** vor:

Der B-Plan II-138 wurde am 27.9.1988 aufgestellt und er kann **keinen schnellen Abschluss dieses B-Planverfahrens in Aussicht stellen**. Der Grund für die Aufstellung war damals, dass Wohnen zugelassen werden sollte. Denn die existierenden Wohnbauten sind nicht als Wohngebiet oder Mischgebiet ausgewiesen, sondern als beschränktes Arbeitsgebiet. Vom 14.6. – 14.7.1989 hatte die frühzeitige Bürgerbeteiligung stattgefunden. 1990 wurde das B-Planverfahren abgebrochen und zunächst versucht das Grundstück zu verkaufen. Die Arbeit am B-Plan sollte sich an Interesse des Investors orientieren. Es gab verschiedene Interessen. Ziel war damals 50% Wohnen, 50% Gewerbe. 1995 wurde ein neuer B-Planentwurf erarbeitet, der an der Straße Mischgebiet und im hinteren Grundstücksteil Gewerbegebiet vorsah. Verschiedene Kaufanfragen von 1995- 2000 führten nicht zum Ziel. 2000 (und noch mal 2002) reichte die Indonesische Botschaft ein Bebauungskonzept ein. Damals war von einem Kern- und Sondergebiet die Rede. 2000 wurde der B-Plan weitergeführt und in diesem B-Planentwurf steht ein Mindestwohnanteil drin. Die Behördenbeteiligung ist mit diesem neuen Entwurf durchgeführt worden. 2002 hat eine Stellungnahme des bezirklichen Umweltamtes die Arbeit am B-Plan gestoppt, wegen Bodenbelastung, die wegen der Bauarbeiten nicht untersucht werden kann. Am 18.6.08 hat Herr Wesselhöfft beim Umweltamt nachgefragt, ob die Untersuchungen jetzt gemacht werden könnten, was bejaht wurde. (Grund war die Bürgeranfrage nach den Altlasten).

Herr Wesselhöfft führt an, dass der Entwurfsstand des B-Plans überarbeitungsbedürftig sei, da der Geltungsbereich geändert werden müsse und der grüne Teilbereich (Grundstück der Bahn) aus dem Plan raus genommen werden müsse (Anm. Torka: *Warum bleibt unklar?es scheint, als ob es darum geht, wer Altlastensanierungsmaßnahmen bezahlen muss, das wurde aber nicht gesagt*). **Außerdem seien die textlichen Festsetzungen so nicht haltbar. Es gäbe keine gesetzliche Grundlage 25% Wohnanteil zu fordern. Außerdem gäbe es keine Möglichkeit die Traufhöhe einzuschränken, weil dafür kein städtebaulicher Grund vorliege.**

Baustadtrat **Gothe** ergänzte, die Baugenehmigung ist noch nicht erteilt. 2003 hatte der Liegenschaftsfonds ein Bieterverfahren für das Grundstück durchgeführt, das ergebnislos endete. Danach wanderte das Grundstück in ein „Paket“. Im Juli 2007 hat das Hostel zum ersten Mal eine Anfrage gestellt mit einer Geschossflächenzahl (GFZ) von 1,8. **Die Anfrage des Liegenschaftsfonds wurde positiv beschieden und das war schon die Grundsatzentscheidung für das Hostel (!)**. Es wurde argumentiert, dass der B-Plan als Mischgebiet insgesamt (auf alle Grundstücke bezogen) einen Wohnanteil von 30% hätte. Gothe stellte fest, dass der B-Plan jetzt weiter betrieben werden muss. Er stellte außerdem fest, dass es noch **Abstimmungsbedarf über den Entwurf** gibt, dass er die „Kubatur“ des Vorderhauses als sehr massiv empfindet. Der Baukörper rückt dem Wohngebäude zu nah. Er könne sich vorstellen, dass die Baumassen anders auf dem Grundstück verteilt werden und will darüber ein Gespräch mit den Investoren führen.

Die **Diskussion im Ausschuss** ist ziemlich ausführlich. Sie dreht sich um den Umgang mit dem B-Plan, um die Verärgerung der BVV, dass Stellungnahmen an den Liegenschaftsfonds gehen, ohne dass die BVV einbezogen wird, um die Zulässigkeit von Mindestwohnanteilen in B-Plänen und um mögliche Verkehrsbelastung.

Dazu nur so viel: Ein (juristischer) **Kommentar** hat festgestellt, dass es systemfremd sei in B-Plänen **Mindestwohnanteile** festzulegen, wenn es dafür nicht besondere städtebauliche Gründe gibt. Das gilt aber wohl nur für Kerngebiete. Es gab aber einen ähnlich gelagerten B-Plan, den SenStadtIIC beanstandet hat. (Anm. Torka: *Wie zu jedem anderen juristischen Thema gibt es vermutlich auch hier verschiedene Rechtsauffassungen*)

Frau **Hilse** (CDU) beantragte Rederecht für die Lehrter 11, Herr **Diedrich** (Linke) verstand das Ziel der Debatte nicht, da die BVV sich ja für das Hostel ausgesprochen habe.

Marion Mayr trug die Interessen der Lehrter 11 sehr klar und auch emotional vor, u.a. aus der Betriebsbeschreibung von A&O. Eine Stellungnahme der Lehrter 11 findet sich als angefügter Kommentar hier: <http://www.moabionline.de/660> .

Es entstand eine hitzige Debatte, da die Lehrter 11 herausgefunden hat, dass **auch nach dem geltenden Baunutzungsplan das Hostel nicht so gebaut werden kann, wie beantragt**. Die **GFZ** übersteigt die vorgesehene um **0,3** (Klette von der Abt. Stadtentwicklung meinte: 0,1) und es sind **nur 5 Vollgeschosse erlaubt**, aber 7 Vollgeschosse vorgesehen. Deshalb ist auch der Bauantrag noch nicht genehmigt, da **Befreiungen** von diesen Festlegungen genehmigt werden müssen.

Baustadtrat **Gothe** stellte fest, dass er die Höhenentwicklung auch kritisch sieht, dass er den Baukörper für nicht gelungen hält, das gilt auch für den T-Flügel. Er will das Hostel nicht grundsätzlich in Frage stellen, aber noch ein Gespräch mit dem Vorhabenträger führen und über das Ergebnis berichten.

Frau **Hilse** schlug vor sich für ein einvernehmliches Verfahren einzusetzen, damit keine Klagen notwendig werden.

Zur **der heutigen BR-Sitzung** ging es darum, ob das Bauvorhaben vorgestellt werden kann. Die Anfrage des Betroffenenrats war jedoch durch die Entwicklung obsolet geworden, da das Gespräch mit den Investoren noch nicht stattgefunden hat. Einige bürokratische Verwicklungen waren noch nötig, bis klar wurde, dass der Betroffenenrat nur an dem neuen Stand interessiert ist. Es wurde zugesagt, diesen vorzustellen, dann wenn es ihn gibt.

TOP 5) Bericht über die Veranstaltung mit der Berliner Stadtmission vom 23.9.08

Hier folgt ein **Kurzbericht**, da bereits 2 Tage nach der öffentlichen Veranstaltung im B-Laden der Bericht bei <http://www.moabionline.de/687> erschienen ist.

Am 23.9.08 berichtete der kaufmännische Leiter der Berliner Stadtmission, Martin Zwick, über das Zentrum Lehrter Straße mit seinen verschiedenen Arbeitsbereichen und über die

Baupläne der Stadtmission, den **Veranstaltungsbereich auszubauen**. Auch eine größere Kapelle ist gewünscht. Dafür ist ein Anbau an den Saal bzw. die Küche vorgesehen. Ein Teil der Grünfläche hinter dem Seniorenwohnhaus würde bebaut werden. Konkrete Baupläne für die Neubauten gibt es noch nicht. Es soll einen Wettbewerb geben. Zeitrahmen etwa 1 Jahr. In Kürze wird erst mal umgebaut: neue Fahrstühle, behindertengerechte Zimmer.

Außerdem ist die Evangelische Kirche an die Stadtmission mit der Anfrage nach einem **Büroneubau** für das neue Diakonische Zentrum (500 Arbeitsplätze ab 2012/13) auf dem Gelände der Stadtmission herangetreten. Seit Monaten schwirrten Gerüchte, dass geplant würde, dafür das Seniorenwohnhaus Lehrter Str. 67/Seydlitzstr. 22 abzureißen. Durch die Aussagen von Herrn Zwick wurden diese Gerüchte nicht bestätigt, ein möglicher Abriss in Zukunft konnte aber auch nicht sicher ausgeschlossen werden.

Die Stadtmission hat im September 08 **Gespräche mit dem Bauamt** geführt und dabei erfahren, dass eine geschlossene Bauweise entlang der Straßen und eine GFZ von 1,5 dort möglich sei. Das heißt, dass es noch jede Menge Verdichtungspotenzial gibt. Martin Zwick erwähnte, dass der Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Ephraim Gothe, angedeutet habe, dass auch eine höhere GFZ als 1,5 möglicherweise genehmigungsfähig sei. Eine Aufstockung der vorhandenen Gebäude ist nicht möglich.

Angesprochen auf einen **möglichen Abriss des Seniorenwohnhauses** gab Herr Zwick an, dass die Stadtmission das von sich aus nicht plane, die Gebäude auch noch eine gewisse Lebenszeit hätten, und die Senioren dort so günstig wohnen, dass Ersatzwohnraum nicht wirtschaftlich zu beschaffen sei.

Im Nachhinein, als der Artikel bei MoabitOnline erschienen war, gab es Anfragen von Bü 90/Grüne in verschiedenen BVV-Ausschüssen. Herr Zwick, der den Text nach Erscheinen nicht kritisch gesehen hatte - er war darüber informiert worden - hatte danach Änderungswünsche, denen S. Torka und J. Schwenzel nur teilweise nachgekommen sind.

TOP 6) Termin im Umweltamt nach dem 13.10. zu den Altlasten. Wer geht mit?

Frau Dr. Grafe hat einen Termin zur Sichtung der Akten über Altlasten auf dem Döberitzer Grünzug und auf dem Gelände der ehemaligen Schleicherfabrik im Umweltamt nach dem 13.10.08 vorgeschlagen. Die anwesenden Betroffenenratsmitglieder einigen sich auf den 21.10. 10 Uhr oder ersatzweise den 23.10. 10 Uhr. Vermutlich werden S. Torka, J. Schwenzel und W. Schröter den Termin wahrnehmen. Mail an Frau Dr. Grafe schreibt S. Torka

TOP 7) Abriss Parkhaus Lehrter Straße 1

Der Abriss scheint unmittelbar bevor zu stehen. Eine Mieterin, die ihr Auto dort stehen hatte, fand eine Aufforderung unter dem Scheibenwischer, dass sie es wo anders parken soll, unterzeichnet von „Motel One“.

Die Mailanfrage zum Bauprojekt Lehrter Str. / Invalidenstraße ergab, dass Baustadtrat Gothe kein aktuelles Projekt kannte. Er hatte vor Monaten mal eine Architekturstudie für ein Hotel gesehen, die dem B-Plan entsprach. Er wird sich bei der Bauaufsicht und bei Herrn Parschau vom Hauptstadtreferat erkundigen. Dieses ist für den B-Plan zuständig.

Monika Raasch berichtet von einem Gespräch mit dem Verwalter und Hauswart der Wohnhäuser, bei dem gesagt wurde, dass das Hotel im Oktober 2009 schon fertig sein soll.

Nachtrag: Link zum Bild des Hotels:

<http://www.gustavepple.de/index.php?cat=4&id=0&art=88#news>

TOP 8) Community Organizing

Klaus Petermann, der Vertreter des B-Ladens in der Bürgerplattform Wedding – Moabit (Community Organizing), berichtet von den letzten Treffen und von **unserem Vorschlag für eine Geschäftsordnung**, der von Prof. Penta **abgelehnt** worden ist.

Zur Zeit gibt es 4 Arbeitsgruppen, die versuchen aus den vier Hauptthemenkomplexen „Jobcenter“, „Öffentlicher Raum“, „Bildung“ und „Kinder, Jugend Familie“ Themen zu finden, die erfolgversprechend umgesetzt werden können. Die vierseitige Problemsammlung wurde bei der Septembersitzung schon kurz besprochen.

Es gibt die **Kerngruppe** der Bürgerplattform, bei der aus jeder beteiligten Organisation 1 bis 2 Personen teilnehmen und es gibt noch das **Orga-Team**. Dieses kennt sich seit 2 ½ Jahren, alle sind geschult, waren in Chicago und London.

Dann geht es um die komplexe Struktur, die er für absichtlich schwer durchschaubar hält, und referiert ausführlich seine Recherche:

Prof. Dr. Leo J. Penta, einer der Vorreiter von Community Organizing in den USA, ist Professor an der **Katholischen Hochschule für Sozialwesen** Berlin (KHSB). Das **DICO-Institut** (Deutsches Institut für Community Organizing) ist ein Institut der KHSB und wird von Herrn Penta geleitet. Hier findet sich die Satzung: <http://www.dico-berlin.org/index.php?id=9> . Es gibt einen **Beirat**, aus Personen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kirche und dem öffentlichen Leben, der von ihm für 3 Jahre eingesetzt wird. Mitglieder sind z.B. Dietrich Stobbe (Regierender Bürgermeister von Berlin 1977-81), John Kornblum (US-Botschafter von 1997-2001), Frau Dr. Mehrländer (Checkpoint Charly Stiftung). Mehr Informationen über die Personen folgen unten.

Begonnen hat Prof. Penta mit Community Organizing in Brooklyn mit der **Industrial Area foundation, IAF** (interessante Infos, auch über die Arbeitsweise, sind hier zu finden: http://www.fo-co.info/CO_6_IAF.htm) .

Die IAF wurde 1940 vom Chicagoer Bischof Shiel, dem Warenhausbesitzer Marshall Field, der Tochter des Gewerkschaftsführers John Lewis, Kathryn Lewis und Saul Alinsky gegründet. Also eine kirchlich-gewerkschaftliche-unternehmerische Vereinigung, hier vollkommen unüblich. Heute ist die IAF ein Netzwerk mit 62 angegliederten Community Organisationen in USA, England und Südafrika.

Kooperationspartner sind die Körber-Stiftung, die Checkpoint-Charly-Stiftung und andere. Irgendwie gibt es auch einen Zusammenhang zu der „Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik“ (kann ich nicht mehr nachvollziehen, über Herrn Freund?).

Die Körberstiftung funktioniert als „transatlantisches Scharnier“. Es gibt z.B. das Programm „USable“, in dem Dinge, die sich in den USA bewährt haben, in Europa ausprobiert werden können. K. Petermann warnt vor dem Zugriff des internationalen Finanzmarktes auf lokale Strukturen und bringt folgende Beispiele:

Dietrich Stobbe über den sich hier Informationen finden:

http://www.berlin.de/rbmskzl/rbm/galerie/dietrich_stobbe.html) ist jetzt Teilhaber einer amerikanischen Beratungsfirma, die Privatisierung von öffentlicher Infrastruktur vorantreibt.

John Kornblum ist jetzt Deutschlandchef der Investmentbank Lazard und gehört zum Aufsichtsrat von Thyssen-Krupp und Bayer AG, Infos hier:

http://de.wikipedia.org/wiki/John_Kornblum .

Eine Menge Kommunen haben schlechte Erfahrungen mit Public Private Partnership gemacht oder mit Cross boarder leasing. Der Bürgermeister von Stralsund wollte kürzlich die Stralsunder Sparkasse privatisieren, dabei hatte das Bankhaus Lazard, die Suche nach einem Käufer im Bieterverfahren übernommen.

Nach dieser Erläuterung des Zusammenhangs, in dem K. Petermann die Bürgerplattform Moabit sieht, geht es um den **Umgang mit ihm bei den Treffen**: Für die Diskussion seiner Kritikpunkte ist keine Zeit. Der Vorschlag für eine Geschäftsordnung wurde mit S. Sander diskutiert, Prof. Penta lehnt ihn ab.

Weiterhin kritisiert K. Petermann die Existenz einer Gruppe von lokalen Unternehmern vor Ort in einem speziellen Treffen. Großunterstützer sind Dresdner Bank und Immobilienbesitzer, die Interesse an der Verbesserung des öffentlichen Raumes haben. Er glaubt nicht an die These, dass Geldgeber keinen Einfluss haben. Die einzelnen Gruppen müssen nach der Gründungsphase Mitgliedsbeiträge zahlen. Auch andere Betroffenenratsmitglieder haben skeptische Gefühle gegenüber dem Community Organizing, da das Verhalten der In-groups als sektenähnlich empfinden. Nach Diskussion aller dieser Punkte wird entschieden, dass der B-Laden dazu tendiert sich aus der Bürgerplattform zurückzuziehen. Es wird entschieden, dass K. Petermann zum Kerngruppentreffen am 4.11. ein Informationsblatt mit seinen Kritikpunkten entwirft, das mit den interessierten Betroffenenratsmitgliedern vorher abgesprochen wird. Am nächsten Treffen (Ganztagesveranstaltung) am 18.10. wird W. Schröter teilnehmen.

TOP 9) Verschiedenes und Termine

Bürgerentscheid „Gegen die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung“ in Mitte:

M. Raasch und R. Eismann bringen eine Liste der am 28.9.08 abgegebenen Stimmen nach Stimmbezirken mit. Hier sind die 8.000 Briefwähler nicht enthalten. Er scheiterte an der zu geringen Wahlbeteiligung.

Der Link zur offiziellen Seite des Bezirksamtes: http://www.berlin.de/ba-mitte/buergerdienste/buergerentscheid_ergebnisse.html

Block 9 - Quitzowstraße

Außer dem bestehenden Lager der Firma **Tolmien** (gelber Kasten), wird wohl direkt gegenüber der Lehrter Straße noch ein Lager gebaut. **Self-storage**, es hängt ein Werbeschild. Hier könnte Lagerplatz von 1 m³ bis 50 m³ gemietet werden.

Beim **Hellweg – Baumarkt** ist festzustellen, dass es viel zu wenig Fahrradstellplätze gibt und der Weg für Fußgänger um den Block herum sehr lang ist.

Poststadion

Der Bau der beiden Fußballtrainingsplätze hat begonnen. Das heißt, dass die Laufbahn entfällt, die der Betroffenenrat gerne erhalten hätte. Es ist dringend, jetzt die Öffnung der Hauptplatzes für Läufer zu erreichen. Es ist ein Versäumnis des Sportamtes und der Kommunalpolitiker, dass die Öffnung des Poststadions nicht vorher geklärt werden konnte. Die Zusage, dass das im Zusammenhang mit einem Betreiberkonzept geklärt werden könnte ist nicht ausreichend.

Lehrter Str. 1-4 und 70-75

Beim Verkauf dieser Wohnhäuser durch die WBM ist festgelegt, dass es eine 10 Jahre Bindungs-Frist für die Mieten gibt und nicht nur 3 Jahre wie für den Bezirk Mitte vorgesehen. Es geht um 300 Mietparteien, von denen etwa 1/3 Erstmieter sind.

TOP 10) Festlegung der Themen für die nächste Betroffenenrats-Sitzung

Es soll versucht werden, entweder Informationen über die Bauprojekte zu erhalten oder Martin Schlegel vom BUND zur Verkehrsproblematik einzuladen.